

Mehr Gerechtigkeit wagen. Willy Brandts globales Engagement. Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Harald Lange

Die von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) organisierte Veranstaltung am 17. Dezember 2013 anlässlich des 100. Geburtstags von Willy Brandt war sehr gut besucht. Das Publikum folgte den Ausführungen auf dem Podium mit Aufmerksamkeit und spendete mitunter lebhaften Beifall. Die Verärgerung über die Absage einiger der angekündigten internationalen Gäste und auch des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel hielt sich in Grenzen.

Zur Begrüßung sprachen *Kurt Beck* als Vorsitzender der FES und *Wolfgang Thierse* als Vorsitzender der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Thierse konzentrierte sich bei seinem kurzen Rückblick auf Brandts Lebensweg auf dessen internationales Wirken. Brandt, so sagte er, sei „das Gesicht der Sozialdemokratie weltweit“ gewesen. Er verwies u. a. auf Brandts seinerzeitigen Einsatz für die Freilassung Nelson Mandelas.

Der erste Teil der Tagung stand unter dem Motto „Willy Brandts internationale Weggefährten im Interview“. Leider fehlten von den angekündigten Interviewpartnern die früheren Ministerpräsidenten aus Spanien und Portugal Felipe González Márquez und Mário Soares sowie Erhard Eppler. Von den angekündigten Persönlichkeiten war lediglich der ehemalige Präsident der Sozialistischen Partei Chiles, Ricardo Núñez Muñoz, erschienen. Neben ihm nahmen *Heidemarie Wiecezorek-Zeul* und *Egon Bahr* auf dem Podium Platz. Die Interviews – besser gesagt: die Moderation – übernahm *Petra Pinzler* von der Wochenzeitung „Die Zeit“. *Ricardo Núñez Muñoz* hob hervor, dass sich seine Partei seinerzeit an den Ideen von Marx und Lenin orientiert habe. Die Regierung Allende und der Widerstand nach dem von den USA maßgeblich beförderten Putsch seien besonders von der DDR, der Sowjetunion und Kuba unterstützt worden. Auch die Sozialistische Internationale (SI) habe sich unter der Führung Willy Brandts stets für die Demokratie in Chile eingesetzt. Egon Bahr äußerte sich hierzu nur mit kargen Worten. Er verwies auf den vielfach bezeugten persönlichen Mut Willy Brandts sowie auf dessen Fähigkeit, auch mit Marxisten-Leninisten sachlich zu reden und zu arbeiten. Die US-amerikanische Außenpolitik sei von Brandt keinesfalls unkritisch gesehen worden. Auch Brandt habe z. B. die amerikanische Kriegsführung in Vietnam als ein Verbrechen betrachtet. Er habe jedoch den Standpunkt vertreten, „dass man einen Freund, der in eine schwierige Situation gera-

ten ist, schonen müsse“. Brandts großes Verdienst – hob Bahr hervor – sei die neue Ostpolitik gewesen. Der unvergessene spontane Kniefall in Warschau habe ihm dann zu Recht den Friedensnobelpreis eingetragen. Brandt sei stets dem Motto gefolgt: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Heute – so Bahr – könne man nicht mehr so sicher sein, ob dies noch so gesehen werde. Er bemerke Tendenzen zu einem Rückfall in den Kalten Krieg, und er befürchte ein Ausnutzen des „grenzenlosen Netzes“ für neue kriegerische Möglichkeiten. Heidemarie Wiczorek-Zeul fügte hinzu, dass Brandt es verstanden habe, seine Wertorientierung mit pragmatischem Handeln zu verbinden. Brandt habe mit seinen Visionen und dem Aufzeigen von Perspektiven eine Mehrheit der Gesellschaft erreicht. Für die SPD sei es wichtig, auch heute wieder Visionen und Perspektiven erkennbar zu machen.

In einem zweiten Panel wurde die Frage aufgeworfen, was von der Ostpolitik Brandts heute noch bleibe. Neben *Egon Bahr* saßen auf dem Podium die polnische politische Aktivistin *Maria Skóra*, die Vertreterin des tschechischen Senats beim Europäischen Parlament *Jana Maláčová* und der russische Duma-Abgeordnete *Ilja Ponomarev*. Da die Gäste aus Polen, Tschechien und Russland wiederholt eine mangelnde Unterstützung der Opposition in ihren Ländern seitens der Sozialdemokratie zu realsozialistischen Zeiten beklagten, sah Bahr sich veranlasst, deutlich auf den Brandtschen Grundsatz eines beharrlichen Ringens um Kompromisse zu verweisen. Er ging ausführlich auf seine eigene Rolle als offizieller und als geheimer Vermittler bei den seinerzeitigen schwierigen Verhandlungen mit der Sowjetunion ein. Zudem verwies er auf die Bedeutung, die man der gegenseitigen Sympathie der führenden Politiker zumessen müsse. Brežnev und Brandt – sagte Bahr – „liebten beide Wein, Weib und Gesang“. Was Russland angehe, so erinnere er an einen Ausspruch von Bush d.Ä., der einmal gesagt habe, Russland müsse sich nach seinen eigenen Traditionen entwickeln. Die russische Demokratie könne nur als eigenes Langzeitprojekt funktionieren. Und als Mahnung an politische Heißsporne fügte Bahr hinzu: Halten Sie sich an Brandts Prinzip, alle an einen Tisch zu holen und möglichst alle zu integrieren. Deutschland, sagte er abschließend mit Hinweis auf die aktuelle Lage in der Ukraine, dürfe niemals einen Vorschlag zur Teilung eines anderen Staates machen.

Als dritter Schwerpunkt der Veranstaltung wurde der Nord-Süd-Konflikt diskutiert. Auf dem Podium saßen nun *Heidemarie Wiczorek-Zeul*, *Dirk Messner*, der Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, *Viviana Piñeiro Rodríguez*, die Präsidentin der Sozialistischen Jugendinternationale, *Bibek Debroy*, ein Ökonom aus Indien, sowie als Moderato-

rin *Jule Reimer* vom Deutschlandradio. Ausgangspunkt der Diskussion war der unter der Leitung Willy Brandts ausgearbeitete sogenannte Brandt-Report (1980/1983) und die Frage, was aus den damals aufgeworfenen Problemen und vorgestellten Lösungsansätzen geworden sei. Der Befund war eindeutig: Die alten Probleme des Hungers, des Klimawandels und der grassierenden Ungerechtigkeit sind nicht gelöst, und sie verschärfen sich teilweise. Dies geschehe nicht nur zwischen Nord und Süd, sondern auch innerhalb der einzelnen Länder und Regionen. Die Teilung in Arm und Reich werde zunehmend auch im Norden ein Problem. Auf die Frage, warum der Brandt-Report nicht nur nicht umgesetzt wurde, sondern auch sehr schnell in Vergessenheit geraten sei, antwortete Dirk Messner, dass der Report „zur Unzeit gekommen“ sei, denn der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan und die „Dynamik des Neokonservatismus“ hätten andere Fragen auf die Tagesordnung gesetzt. Der Bericht habe „im Gegensatz zu den zentralen Fragen jener Jahre“ gestanden. Heidemarie Wiczorek-Zeul fügte hinzu, dass der Kampf gegen den Terrorismus ebenfalls andere Schwerpunkte gesetzt habe. Es sei dringend erforderlich, die Auseinandersetzung mit dem marktradikalen Denken zu intensivieren und den Focus der Politik weit mehr auf die unteren vierzig Prozent der Menschen in allen Ländern der Erde zu richten. Zur Zeit registriere man jedoch eher einen Rückgang der öffentlichen Mittel für Entwicklung. Die Eliten in den Entwicklungsländern würden zudem oftmals falsche Prioritäten setzen, sodass es häufig zu einer Stärkung der Eliten, aber nicht zu einer Verbesserung der Lage der Mehrheit der Bevölkerung komme. Viviana Piñeiro Rodríguez wies darauf hin, dass es in Lateinamerika inzwischen einige progressive Regierungen gebe, denen es – wie sie meinte – gelinge, die internationalen Finanzinstitutionen zu mehr Fairness zu bewegen. Auch die SI sollte gehalten sein, eine eigene Agenda für mehr Gerechtigkeit zu entwickeln. Messner betonte, dass in den letzten Jahren mehr Wissen über den Klimawandel und über andere wichtige Prozesse gewonnen worden wäre, das es objektiv erlauben würde gemeinsame Interessen herauszuarbeiten und verbindliche Entwicklungsziele zu vereinbaren. Es gebe jedoch „eine unheilige Allianz der Verweigerung“. Die Menschheit wäre durchaus in der Lage, die weltweite Armut auf zehn Prozent zu reduzieren. Doch es müssten die „Erdsystemgrenzen“ definiert werden, und es müsste endlich die Frage beantwortet werden, welches Wohlfahrtsmodell für alle gültig sein könnte. Piñeiro konstatierte eine Krise der politischen Parteien, die zu einem Verlust der Kontakte zur Gesellschaft geführt habe. Bibek Debroy war daran gelegen, auf die starken inneren Veränderungsprozesse in Ländern wie China und In-

dien hinzuweisen, wo sich eine Art „innerstaatliches Nord-Süd-Gefälle“ herausgebildet habe. So seien z. B. 50 Millionen Menschen in Indien ohne Strom. Diese Menschen hätten keine Zeit mehr, darauf zu warten, bis in anderen Teilen der Welt genügend Strom eingespart werde. Ihnen müsse jetzt geholfen werden. Die aus dem Publikum heraus gestellte Frage nach der Bildung einer wirksamen transnationalen Macht blieb unbeantwortet. Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren sich einig, dass es ohne eine wesentlich stärkere internationale Solidarität keine Fortschritte geben werde.

Zum Schluss antwortete der stellvertretende SPD-Vorsitzende *Thorsten Schäfer-Gümbel* auf Fragen von *Petra Pinzler*, die Probleme der Perspektive sozialdemokratischer Politik betrafen. Zu dem Zeitpunkt hatte ca. ein Viertel des Publikums – wahrscheinlich aus Enttäuschung über das Ausbleiben des Parteivorsitzenden Gabriel – die Veranstaltung schon verlassen. Schäfer-Gümbel gab sich sehr zurückhaltend und selbstkritisch. Die Auseinandersetzung mit den Marktradikalen sei noch lange nicht entschieden. Den Neoliberalen sei es gelungen, den Freiheitsbegriff für sich in Anspruch zu nehmen. Die SPD habe die Wertediskussion vernachlässigt. Sie habe sich „vom medialen Mainstream einfangen“ lassen. Auf die Frage nach einem ernsthaften Mangel am Gestaltungswillen der SPD erwiderte Schäfer-Gümbel, dass der globale Problemdruck erst allmählich wahrgenommen werde. Doch gebe es ein zunehmendes Bedürfnis in der SPD, die Themen einer nachhaltigen Entwicklung zu problematisieren. Verschiedentlich würden schon internationale Dialoge angestoßen, so z. B. zwischen der SPD und der KP Chinas über nachhaltige Entwicklung. Viele Menschen ließen sich indessen von der realen Beschleunigung der Zeit „auffressen“. Eine neue sozialdemokratische Vision sei nicht in den nächsten fünfzehn Monaten – bis zur Europawahl – zu schaffen. So endete die Veranstaltung mit einem wenig optimistischen Ausblick.